

Rhein-Sieg- Bühne

Magazin der Jusos Rhein-Sieg

5

Titel:

Mobilität für alle

Foto: Colourbox



JUSOS
IM RHEIN-SIEG-KREIS

Marx - Basics

2018 wird das Marx-Jubiläumsjahr. Wir liefern Dir einen Überblick über seine Lehren.

Cannabis freigeben?

Sollte das Kiffen freigegeben werden oder nicht? Ein Pro und Contra.



Vorwort

Liebe Jusos, liebe Interessierte,

mit diesem Heft haltet ihr nun die fünfte Ausgabe unseres Mitgliedermagazins in den Händen. Wir hoffen, dass wir interessante Themen für euch zusammengestellt haben. Als Schwerpunkt haben wir dieses Mal die Verkehrspolitik gewählt - ein Thema, auf dem die Jusos im Rhein-Sieg-Kreis zu den Meinungsführern gehören. Auch im Hinblick auf die Kommunalwahlen 2020 wird die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs eine zentrale Rolle spielen.

Außerdem berichten wir aus unserer Arbeit im zurückliegenden Jahr. Das war sicherlich kein leichtes für die Sozialdemokratie. Im Gegenteil: Es war ein Katastrophenjahr für uns. In zwei Wahl-

kämpfen haben wir alles gegeben. Die Ergebnisse sind enttäuschend. Nun ist es an uns, die SPD zu erneuern und wieder mehrheitsfähig zu machen. Die SPD wird noch gebraucht; gerade in Zeiten wie diesen, wo Populisten viel zu starken Zulauf bekommen. Ein Neustart wird nur über eine Schärfung unseres Profils gelingen. Klare linke Antworten auf Ausgrenzung, Unterdrückung, Krieg und Ungleichheit. Lasst uns nicht nur über organisatorische Fragen diskutieren, lasst uns über Inhalte streiten. Dafür werden wir Jusos gebraucht. Jung. Bunt. Links.

Euer

Mario Dahm
Vorsitzender Jusos Rhein-Sieg



Inhalt



4

Jusos unter Tage

5

Gute Arbeit für junge Leute

6

**SCHWER-
PUNKT:
MOBILITÄT
FÜR ALLE**



10

Wir Dorfkinder

12

Ohne
Zweifel links



15

Berichte

16

Cannabis freigeben?
PRO/CONTRA

20

Berichte II

22

Marx-Basics

24

Jusos in Brüssel

26

Bücherecke



28

Neu bei den Jusos

29

Junge Leute in die Räte

30

Rückblick Wahlkämpfe



Trainingsbergwerk in Recklinghausen

Mit den Jusos unter Tage

Besichtigung des Trainingsbergwerkes der RAG

Um Bergbaugeschichte einmal live unter Tage zu erleben, machte sich eine Gruppe der Jusos Rhein-Sieg auf nach Recklinghausen. Dort betreibt der **Steinkohlekonzern** RAG seit vielen Jahrzehnten ein Trainingsbergwerk, in dem auch interessierte Besucherinnen und Besucher einen Einblick in den historischen und modernen deutschen Steinkohlebergbau erhalten können. Nur 17 Meter unter der Halde des alten Bergwerkes entstand in einem im Zweiten Weltkrieg ausgehobenen Schutzstollen ein komplettes Bergwerk auf rund 1,2 Kilometern, das alle wichtigen Gerätschaften bereithält. Die Mitglieder der SPD-Jugendorganisation folgten der unterhaltsamen Führung eines erfahrenen Kumpels durch die Anlage und durften nahezu alle Maschinen unter Anleitung

auch selbst ausprobieren. Ob es ein Bohrer zur Vorbereitung von Sprengungen im Gestein, das Transportsystem „Katze“, die enge Personentransportbahn oder eine Fahrt mit dem „Grubenfahrrad“ war; alles vermittelte einen Eindruck von der harten Arbeit, die auch heute noch unter Tage betrieben wird. Nach rund zwei Stunden Bergbaugeschichte ging es dann wieder zurück ans Tageslicht.

Mit dem Auslaufen der Steinkohleförderung in NRW endet auch der Ausbildungs- und Weiterbildungsbetrieb in Recklinghausen. Die Jusos hoffen jedenfalls, dass das **Trainingsbergwerk** darüber hinaus auch für die Nachwelt als Teil der Geschichte des Landes erhalten bleibt.

Prekäre Beschäftigung ist ein Problem, das junge Leute nach Studium oder Ausbildung nicht selten betrifft. Um über gute Beschäftigungsbedingungen zu diskutieren, hatten die Jusos zu einer **Podiumsdiskussion** nach Lohmar eingeladen. Omer Semmo, Jugendbildungsreferent des DGB, stellte einige Probleme auf dem Arbeitsmarkt dar, wie unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung oder Befristungen. Besonders problematisch sei auch die Leiharbeit, wie Ümit Üç aus seiner Arbeit als Betriebsrat bei FedEx berichten konnte. Dies führe zu großer Unsicherheit bei den

Beschäftigten und einer deutlich schlechteren Bezahlung. Der frühere Landtagsabgeordnete Dirk Schlömer (SPD) forderte strengere Regelungen auf Bundesebene, um den Missbrauch von **Leiharbeit** zu bekämpfen. Um jüngeren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mehr Sicherheit zu geben und eine Familiengründung zu ermöglichen, müsse auch die **sachgrundlose Befristung** abgeschafft werden. Einig war sich die Runde auch, dass Auszubildende mehr unterstützt werden müssten, z.B. mit einem landesweiten **Azubiticket** und einer Mindestausbildungsvergütung.

Gute Arbeit für junge Leute



Mobilität

für alle

Das Thema Nahverkehr betrifft viele junge Menschen: Schüler*innen, Studierende, Auszubildende. Die Jusos sind seit vielen Jahren in diesem Themenfeld aktiv.

Fast jede Partei hat Verkehrspolitiker*innen, die betonen, wie wichtig der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist. Als regelmäßiger Nutzer des ÖPNV denkt man sich da oft nur: Dafür läuft aber vieles ziemlich bescheiden. Gerade auf dem Land ist das Angebot dünn, in den städtischeren Gebieten sind Busse und Bahnen dafür oft überfüllt. Mit Platzangst lässt sich zur Hauptverkehrszeit kaum mit der 66 nach Bonn oder der S12 nach Köln fahren; und das alles noch zu Fahrpreisen, die jedes Jahr weiter steigen. Fast nichts ist so sicher, wie die jährliche Fahrpreiserhöhung für Bus und Bahn. Buslinien werden eingestellt, weil wenige Leute sie nutzen. Dadurch wird das Angebot unattraktiv, die Nachfrage nimmt weiter ab. Ein Teufelskreis, wenn unterm Strich kein großer Verlust bei den Verkehrsverbänden stehen soll. Der Ausweg kann nur eine konsequente Verkehrswende sein. Nahverkehr darf nicht das verkehrspolitische Stiefkind im „Autofahrerland“ Deutschland sein. Mobilität für alle – das geht nur mit einem gut ausgebauten und bezahlbaren Netz an Bussen und Bahnen, überall im Land.

Das Thema Nahverkehr beschäftigt die Jusos im Rhein-Sieg-Kreis seit langem. So geht etwa die **Abschaffung der 1. Klasse** in den S-Bahnlinien 12/13/19 auf eine Initiative der Jusos zurück. Diese einfache Maßnahme, die rund 50 Sitzplätze pro Fahrt für alle mehr schafft, sollte auf alle S-Bahnen und Regionalverkehrszüge ausgedehnt werden. Die 1. Klasse braucht im Regionalverkehr niemand. NRW setzen sich die Jusos für ein **Azubi-Ticket** ein, damit Auszubildende ähnlich gut und günstig mobil sein können, wie Studierende mit

ihrem Semesterticket. Der Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) ist da auch auf Betreiben der SPD Vorreiter: Bereits im August wurde ein Azubi-Ticket eingeführt, das für viele Auszubildende wesentlich preiswerter und flexibler ist als die bisherigen Ticketangebote. Es bleibt aber dabei, dass auch aus diesem Ticket ein landesweites Ticket werden muss. Auch das Pilotprojekt eines **kostenfreien WLAN-Zugangs** in Bussen der linksrheinischen RVK haben die Jusos angestoßen. Leider setzte die schwarz-grüne Kreistagskoalition das erfolgreiche Projekt nach der Testphase nicht fort. (Bisher) Nicht erfolgreich waren die Jusos mit ihrem Protest gegen die Beschränkung der **Fahrradmitnahme** bei den Semester- und Schüler-Tickets im VRS. Trotzdem bleibt es eine falsche Entscheidung, wenn man verschiedene Verkehrsträger (z.B. Fahrrad, Bahn und Bus) sinnvoll verknüpfen will. Schüler*innen und Studierende, die ihr Rad in der Bahn mitnehmen wollen, müssen nun tagsüber extra in die meist ohnehin nicht so volle Tasche greifen.

Neben diesen vielen Projekten bleibt eines zentral: Der Ausbau des ÖPNV. Auf gut genutzten Linien z.B. der 66, der S12/19 oder der RB23 kann den Kapazitätsproblemen nur mit weiteren Taktverdichtungen begegnet werden, damit der ÖPNV eine attraktive Alternative zum Auto ist. Konkret: Damit es nicht mehr so voll in der 66 ist, muss sie öfter fahren oder mehr Fahrgäste gleichzeitig transportieren. Das ist gar nicht so einfach, da in städtischeren Gebieten das Schienennetz weitgehend ausgelastet ist. Es muss also investiert werden in Schienen, Bahnen und längere Bahn-

Freie Fahrt für alle



Busbahnhof in Hennef

steige. Ein weiteres wichtiges Ziel ist die Ausweitung des Angebots an Bussen und Bahnen auch zu den **„Ausgehzeiten“** am Wochenende. Wenn der letzte Bus um 20 Uhr und die letzte Bahn um 0.30 Uhr fährt, ist die Partynacht für alle schnell vorbei, die auf Bus oder Bahn angewiesen sind, um nachhause zu kommen.

In manchen Teilen des Rhein-Sieg-Kreises klingt das wie ein Luxusproblem. Denn in vielen Dörfern fährt überhaupt kein Bus (mehr) ab. So sind schon Kinder darauf angewiesen, dass ihre Eltern sie mit dem Auto durch die Gegend fahren. Wer kein „Mama-Taxi“ hat, schaut gleich ganz in die Röhre. Das Schüler-Ticket gilt nämlich z.B. nicht für das Anrufsammeltaxi. Die Klassenkameraden aus dem Nachbardorf können so also fast umsonst mit dem Bus in die Stadt, während man selbst für den AST-

Verkehr hin und zurück fast fünf Euro zahlen muss. Dieser Ungerechtigkeit wollen wir zunächst mit einer Integration der Ersatzverkehre (AST, TaxiBus usw.) in die Abo-Tickets begegnen, d.h. Nutzung z.B. des AST mit dem Schüler-Ticket ohne Zuzahlung. Langfristig müssen aber mehr liniengebundene Busse auf die Straße. In ländlichen Gebieten können **Kleinbuslinien** da eine gute Alternative sein. Das ist keine wirre Wunschliste, sondern für uns Jusos steht fest: Ohne eine Stärkung des Nahverkehrs sind weder Staus zu bekämpfen, noch das Klima zu schützen oder allen Menschen unabhängig vom Geldbeutel Mobilität zu ermöglichen.

Weil das alles Geld kostet, fordern die Jusos Rhein-Sieg die Einführung eines **„Bürgertickets“** im Rhein-Sieg-Kreis und möglichst darüber hinaus. Dazu veranstaltete der Kreisverband zusam-

men mit den Bonner Jusos und den SPD-Fraktionen im Kreistag und im Bonner Stadtrat im vergangenen Jahr eine Podiumsdiskussion u.a. mit dem Verkehrsforscher Heiner Monheim, einem Befürworter eines Tickets für alle. Die Idee: Alle nehmen an der Finanzierung des ÖPNV z.B. durch eine sozial gestaltete Umlage teil und können dafür Bus und Bahn ohne Fahrschein nutzen. So kommt durch eine breitere Beteiligung an der Finanzierung mehr Geld ins System, das einen Ausbau des Angebots ermöglicht, und mehr Menschen steigen auf den klimafreundlichen Nahverkehr um. Auch Unternehmen, die von der Anbindung ihrer Kunden durch den ÖPNV profitieren, könnten so an der Finanzierung beteiligt werden.

Die Einführung eines solchen Tickets versteht sich als Prozess, denn wer etwas bezahlt, möchte den ÖPNV auch nutzen können. Das ist ein berechtigtes Interesse. Es entsteht also ein entsprechender politischer Druck auf Entscheidungsträger und Verkehrsverbünde, dass die Angebote überall weiter ausgebaut und verbessert werden. Der Kreisparteitag der SPD Rhein-Sieg stimmte auf Antrag der Jusos der Idee des „Bürgertickets“ fast einstimmig zu. Zunächst soll ein **freiwilliges Bürgerticket** als neues Angebot eingeführt werden. Vorbild kann dabei die sozialdemokratisch regierte Stadt Wien sein. Dort kostet ein Jahresticket nur 365 Euro, also einen Euro am Tag. Die Region Köln/Bonn/Rhein-Sieg böte ein großes Potential zur Modellregion zu werden, um die ständigen Staus und die Schadstoffbelastung zu bekämpfen und für mehr Gerechtigkeit in der Mobilitätspolitik zu sorgen.

Bis dahin ist es aber im Rhein-Sieg-Kreis noch ein weiter Weg. Statt Fortschritt drohen immer wieder Rückschläge, wie jüngst die Planung der neuen schwarz-gelben Landesregierung in NRW, die Landeszuschüsse für das **Sozialticket** einzustellen. Damit entfielen auch die Finanzierung für den VRS-MobilPass, der Menschen mit kleinsten Einkommen vergünstigte Tickets zur Nutzung des ÖPNV bietet. Nach massiven Protesten auch von Seiten der Jusos ruderte Ministerpräsident Laschet (CDU) zurück. Für nächstes Jahr ist das Ticket zunächst gesichert. Wie es danach weitergeht, weiß heute noch niemand.



In der Stadt Wien kostet ein Jahresticket für den Öffentlichen Personennahverkehr nur 365 Euro. So konnten die Zahl der Fahrgäste massiv gesteigert und die Zahl der Autos in der Stadt verringert werden.

Wir Dorfkinder

Gleiche Chancen auf dem

Land und in der Stadt

„Dorfkinder wissen: Auf dem Dorf zu leben hat viele schöne Seiten. Aber auch ganz spezielle Schwierigkeiten, wenn der Bus nicht fährt oder das Internet zu langsam ist. Die SPD packt das an!“, so hieß es auf der Postkarte unserer „Dorfkinderkampagne“ zur Landtagswahl im Mai. Die NRW-SPD hatte in ihrem Wahlprogramm viele gute Ideen für die Entwicklung des **ländlichen Raums** präsentiert. Mit unserer Kampagne wollten wir die Vorstellungen der SPD auf den Rhein-Sieg-Kreis herunterbrechen und sichtbar machen, sowie die Erfolge aus den letzten Jahren der Regierungsarbeit deutlich machen.

Neben der Postkarte haben wir auch noch ein dazu passendes Video produziert. In dem Video machen wir anhand mehrerer Punkte klar, weshalb Menschen im ländlichen Raum die SPD wählen sollten. Mit Investitionen für ein schnelleres **Internet**, einem

Ausbau des **Nahverkehrs** und der Forderung nach einem Azubiticket hat die SPD mehrere Ideen für ein besseres Leben als junger Mensch auf dem Land formuliert. Gerade an diesem Punkt hat sich durch die Diskussion zur Abschaffung des Sozialtickets in den letzten Wochen gezeigt, dass eine CDU-geführte Regierung für das Land fatal ist.

Tatsächlich hat die SPD in der Altersgruppe der Wähler*innen bis 35 Jahre bei der Landtagswahl kaum Verluste eingefahren und konnte sich vor der CDU behaupten, ganz im Gegensatz zur ansonsten krachenden Niederlage. Dass die SPD sich zumindest in unserer Zielgruppe als Jusos behaupten konnte, dazu hat sicher auch diese Kampagne einen Teil beitragen können.

Mit dem Video haben wir außerdem am **Videowettbewerb** der NRW-SPD teilgenommen und schließlich beim Voting mit insge-



samt vier weiteren Finalisten 46% der abgegebenen Stimmen auf unseren Beitrag vereinen können. Knapp 10.000 Views konnten wir auf unserer Facebookseite für das Video generieren.

Auch nach den verlorenen Wahlen im Jahr 2017 werden wir Jusos uns weiterhin für die „Dorfkinder“ aus dem Rhein-Sieg-Kreis einsetzen und für gleiche Chancen zwischen Stadt und Land sorgen. Nachdem ich schon mit einem Zitat begonnen habe, möchte ich diesen Beitrag auch so beenden. Folgende Worte werden Friedrich Nietzsche zugeschrieben: „Was mich nicht umbringt, macht mich nur stärker“. In diesem Sinne: Trotz der krachenden Niederlagen bei den zwei Wahlen in NRW in diesem Jahr, werden wir Jusos weiterhin für eine linke

und progressive Zukunft kämpfen – inklusive **Chancengleichheit** für junge Menschen in Stadt UND Land.



Nils Suchetzki

Nils (20) ist Mitglied des Juso-Kreisvorstandes und stellv. Vorsitzender der SPD in Königswinter. Als „Dorfkind“ weiß er, wie es ist, nachts nachhause zu laufen, weil kein Bus mehr fährt.



Foto: Colourbox

Debatte

Ohne Zweifel links

20,5 % - das sitzt. Die Krise der deutschen Sozialdemokratie kommt nicht überraschend. Sie passt sich ein in eine Krise der gesamten politischen Linken. Wenn in den USA Menschen mit teils längst realisierten Abstiegsängsten einen narzisstischen Milliardär zum Präsidenten wählen, wenn in Frankreich die Arbeiterstadtteile Le Pen und in Deutschland Menschen mit kleinen Einkommen die sogenannte „AfD“ wählen, dann hat diese Linke global versagt. Wenn wir über Geld für die Integration von Flüchtlingen reden, aber nicht über die vielfach größeren Summen, die dem Gemeinwesen jedes Jahr durch Steuerbetrug und „Steuersparmodelle“ entgehen, dann hat sie nicht nur keine Antworten auf die Fragen der Zeit gefunden. Sie hat es nicht einmal geschafft, die richtigen Fragen zu stellen. Der Diskurs läuft an ihr vorbei. Die Krise der demokratischen Linken ist existentiell.

Ist das jetzt der Abgang auf sozialistische und sozialdemokratische Politik? Im Gegenteil. Sie wird bitter nötig gebraucht. Kommen wir zurück auf die gute, alte SPD. Sie wird sich nicht nachhaltig erneuern, indem wir nur Korrektu-

ren an der Organisation vornehmen und drei Sätze ins Programm ergänzen. Wer die Erklärung präsentiert, dass die Menschen unsere guten Ideen aufgrund unserer schlechten Kommunikation nur nicht verstanden haben, der hat im Grunde kein Interesse an einer wirklichen Erklärung. Das soll nicht heißen, dass unser Wahlprogramm für die Tonne war, aber dass unsere Antworten in vielen Bereichen doch nicht weit genug gehen – nicht erst seit gestern. Ich denke, dass viele Menschen mit Mini-Rente schon sehr gut verstanden haben, dass die Rente mit der SPD nicht weiter sinken soll, mit der Union schon. Das ist gut und richtig. Aber ist das ein wirkliches Zukunftsversprechen an diese Menschen und ihre existenziellen Ängste angesichts des unvorstellbar hohen gesellschaftlichen Reichtums auf der anderen Seite? Die Beispiele ließen sich problemlos ergänzen.

Die Sozialdemokratie krankt heute noch immer daran, dem **neoliberalen Zeitgeist** nicht wirklich etwas entgegengesetzt zu haben. Andere würden behaupten, sie sei ihm erlegen; nicht nur in Deutschland. Eine moderne linke Erzählung fehlt; eine Vision, die ohne die sich

doch nie erhebenden Massen auskommt. „Wir wissen wohl, dass man Ideale nicht verwirklichen kann, aber wir wissen auch, dass nichts auf der Welt ohne die Flamme des Ideals geschehen ist, geändert ist, gewirkt wurde“, schrieb Kurt Tucholsky einst. Recht hat er.

Einige Beispiele für das **diskursive Versagen**: Bis in weite Teile einer linken Wählerschaft hat sich das Bild festgesetzt, dass der Einzelne in harter Arbeit Reichtum produziert, der ihm vom gierigen Staat in Form von Steuern entzogen wird. Muss man da dem alten Marx folgend nicht doch vielleicht die Frage stellen, ob Reichtum kollektiv produziert und von wenigen privat angeeignet wird? Die Einkommens- und Vermögensverteilung spricht da doch eine recht klare Sprache (vgl. Piketty 2014). Trotzdem ernten Konservative und Liberale mit solchen zumindest unterkomplexen Aussagen breite Zustimmung. Mit dem Bild der schwäbischen Hausfrau, die nur ausgibt, was sie auch einnimmt, zerlegt die deutsche Austeritätspolitik die Zukunftschancen breiter Bevölkerungsschichten in anderen europäischen Ländern. Und auch die SPD ist davon ergriffen. Haben wir uns nicht alle furchtbar gelobt, als die SPD-geführte Landesregierung ein Plus im Haushalt erwirtschaftet hat. Doch ist ein ausgeglichener Haushalt wirklich das primäre Ziel sozialdemokratischer Politik, wenn es in unseren Schulen durch die Decke regnet? Warum springen wir eigentlich auf den konservativ-liberalen Zug auf und widersprechen uns selbst? Es spukt der Zeitgeist durch die leeren Köpfe?

Politische Auseinandersetzung in der Demokratie ist ein Kampf um die Köpfe. Menschen wählen nur links, wenn sie in Ansätzen links denken. Wir brauchen also (wieder) eine klare Erzählung, was sozialdemokratische Politik ist. Das können wir doch heute selbst nicht mehr in fünf Sätzen erklären. Diese Erzählung muss eine **Zukunftserzählung** sein, ohne einem

naiven Fortschrittsoptimismus zu verfallen. Die Grundlage sozialdemokratischer Politik ist zwar die Anerkennung dessen, was ist, aber auch der feste Glaube daran, dass das, was kommt, zu gestalten und somit positiv zu verändern ist. Die Zukunft kann besser sein als die Vergangenheit. Mut statt Angst. Diese Erzählung fällt nicht vom Himmel und erscheint auch im restlichen Text nicht mehr. Wer dennoch weiterlesen möchte, für den umreißt ich einige Punkte, die vielleicht in sie eingeflochten werden müssten.

Linke Politik setzt auf den mündigen Menschen und sieht in ihm nicht nur was er/sie/* ist, sondern auch, was er/sie/* sein könnte, wenn wir die Umstände verändern. Links ist nicht national, sondern international. Warum sind wir nicht führend bei der Entwicklungshilfe statt bei Waffenexporten? Links sein bedeutet, Teilhabe und Chancen für alle zu erkämpfen. Links sein bedeutet, Diskriminierung und Benachteiligung nie zu akzeptieren. Links sein bedeutet, Problemen auf den tiefsten Grund zu gehen und sie dort zu bekämpfen. Nicht Pfandringe an Mülleimern lösen soziale Probleme, sondern Umverteilung. Links sein bedeutet, alles zu hinterfragen (insofern ist die Überschrift übrigens falsch gewählt, denn Zweifeln ist letztlich eine gute Eigenschaft). Links sein ist anstrengend.

Links sein heißt nicht, dass man verblendet ist. Das Narrativ vom „linken Spinner“, dessen Träumereien angeblich an der Realität vorbeigehen, ist ein perfides Konstrukt, um den miesen Status quo zu sichern. Spinner sind jedoch eigentlich diejenigen, die nicht daran glauben, Gesellschaft positiv verändern zu können oder diejenigen, die das Bewusstsein der Möglichkeit dieser Veränderung bewusst unterdrücken.

Linke Politik muss **Ungleichheit** thematisieren und bekämpfen. Konservative und Liberale tun das nicht. Sie verkennen vielmehr, dass Freiheit nur mit Gleichheit zu

erreichen ist. Das Unverständnis für diesen Zusammenhang prägt liberales Denken. Ungleichheit bedeutet Abhängigkeit und ist massiv **freiheitseinschränkend**. Ungleichheit liegt den meisten gesellschaftlichen Problemen zugrunde. Es ist längst erwiesen, dass in Gesellschaften mit besonders krasser Ungleichheit Kriminalität, Analphabetismus oder Alkoholismus stärker verbreitet sind als in Gesellschaften mit vergleichsweise wenig Ungleichheit (vgl. z.B. Wilkinson/Pickett 2010). Selbst für das reiche Deutschland gilt, dass reiche Menschen eine höhere Lebenserwartung haben als ärmere. Wo bleibt der Aufschrei?

Ungleichheit der Rechte, Ungleichheit der Chancen, Ungleichheit der wirtschaftlichen Lage. Jede gilt es zu bekämpfen. Es ist aber besonders an der Sozialdemokratie „links“ nicht alleine über identitätspolitische Fragen zu definieren, sondern immer auch den **materiellen Kern** der Ungleichheit in den Mittelpunkt zu rücken und das Phänomen der Ungleichheit global zu denken. Dabei müssen wir immer wieder bedenken, dass viele Menschen sich längst aus dem politischen Diskurs ausgeschlossen fühlen. Diese Menschen mit Zukunftsängsten angesichts ihrer wirtschaftlichen Lage dürfen wir aber nicht den Populisten überlassen. Die politische Linke war stark, als sich diese Menschen voll Stolz als politisches Subjekt begriffen haben. Wir dürfen sie nicht ausschließlich zu Objekten staatlichen Fürsorgehandelns degradieren. Unser Modus ist das Überzeugen, nicht das Belehren.

Es ist oft zu hören, dass die SPD jünger und weiblicher werden müsse. Das stimmt sicherlich. Vor allem aber muss sie wieder klar linker werden. Es braucht eine linke Volkspartei und keinen Parteienbrei in einer wie auch immer definierten Mitte. Wer sagt, dass links und rechts doch gar keine Kategorien mehr seien, beleidigt die DNA der Sozialdemokratie.

Wahlen werden von der SPD höchstens in der Mitte gewonnen, wenn es uns gelingt, die Mitte nach links zu bewegen. Doch wer der Mitte hinterherrennt, verschiebt sie automatisch nach rechts.

Ich möchte ergänzen, dass die SPD auch „fröhlicher“ werden muss. Die politische Linke umgibt sich gerne mit einer grauen Melancholie, die dem Eindruck geschuldet ist, dass ohnehin alles sich zum Schlechteren entwickelt. Wer so denkt, kann politisch nicht mehr gestalten und schon gar niemanden überzeugen. Wer besteigt schon ein schwankendes Schiff, von dem nicht mal der Kapitän glaubt, dass es auf der anderen Seite des Ozeans ankommt? Richtig: Niemand.

Fassen wir noch einmal zusammen: Die SPD wird nur erfolgreich sein, wenn sie progressiv linke Ideen offensiv erarbeitet, das Problem der Ungleichheit als zentrales erkennt und sie bekämpft, statt sich ihres Linksseins zu schämen und unter der gemütlich warmen, aber beliebigen Decke der Mitte zu verschwinden. Sie wird nur erfolgreich sein, wenn sie eine neue Zukunftserzählung davon entwickelt, was sozialdemokratische Politik ist und wie es gelingt, Zukunft zum Besseren zu verändern, statt sich hegemonialer, weitgehend neo-liberaler und neonationaler Ideen zu unterwerfen. Und sie wird nur erfolgreich sein, wenn sie nicht das Bild eines ohnehin geschlagenen Kriegers vermittelt. Das kann sie. Nur Mut, Genoss*innen.



Mario Dahm

Mario (28) ist der Vorsitzende der Jusos Rhein-Sieg, Mitglied des SPD-Kreisvorstands und Ratsmitglied in Hennef. Ohne Navi käme er nirgends an, vermutlich weil er im Zweifel immer links abbiegen würde.



Neues Positionspapier beschlossen

Dass junge Menschen mehr Einfluss auf die Politik vor Ort haben müssen, davon sind die Jusos überzeugt. Ihre Vollversammlung nutzten die Jusos, um Ideen für eine junge und sozial gerechte Politik im Rhein-Sieg-Kreis und seinen Kommunen zu entwickeln. So fordern die Jusos deutlich mehr **Wohnungsbau** in öffentlicher Hand im Kreisgebiet, um steigende Mieten zu bekämpfen. Gleichzeitig müsse Stadtplanung immer auch die Anbindung an den **Nahverkehr**, Stadtbegrünung und Freiräume für junge Menschen bedenken. Jeder Stadtteil brauche eine*n Streetworker*in und jede Schule modernste Ausstattung und **Schulsozialarbeit**. Die falsche Sparlogik in vielen Stadträten, die zur Schließung von Bibliotheken, Schwimmbädern oder Jugendzentren führe, müsse ein Ende haben. Stattdessen müssten Superreiche mehr zum Gemeinwohl beisteuern, um diese wichtigen Angebote aufrechtzuerhalten. Auch für den Ausbau des Nahverkehrs, einen **Jugendkreistag** oder Entwicklungshilfeprojekte auf kommunaler Ebene setzen sich die Jusos ein.

Angebot für ehemalige Jusos und Unterstützer

Mit 35 ist Schluss. So ist das bei den Jusos. Doch nun gibt es eine Möglichkeit, die Jusos auch über diese Altersgrenze hinaus zu unterstützen. Dafür rief der Juso-Kreisverband einen **Unterstützer*innen- und Ehemaligen-Kreis** ins Leben. Mitglied kann jede*r werden, vorausgesetzt sie oder er unterstützt die Jusos mit einer kleinen jährlichen Spende. So wollen die Jusos ihr Jahresbudget für die politische Jugendarbeit im Rhein-Sieg-Kreis etwas erweitern.

Fördermitglieder erhalten Informationen über die Arbeit der Jusos und Einladungen zu Veranstaltungen des Kreisverbandes im Gegenzug natürlich aus erster Hand.

Wer Informationen oder gleich ein Beitrittsformular haben möchte, kann einfach eine Mail schreiben an:

jusos-rsk@gmx.de



Gebt das Hanf frei

PRO

„Cannabis ist der Anfang vom Ende und der Absturz in den Drogensumpf ist bereits in Sicht.“ Ein Spruch, der seit Generationen in verschiedenen Variationen angewandt wird. Ein Satz, den nur Menschen zum Besten geben können, die sich noch nie mit der Thematik auseinandergesetzt haben und anschließend ruhigen Gewissens eine schöne Zigarette zu ihrem dritten Bier rauchen.

Tatsächlich gibt es keinen Beleg dafür, durch Cannabis an härtere Drogen zu geraten. Allerdings seien hier die zehntausenden Deutschen erwähnt, die jährlich an den Folgen von Alkoholmissbrauch und Zigaretten sterben. Rausch gegen Gesundheit - eine Entscheidung, die jede*r mit sich selbst ausmachen muss. Das ist auch richtig, denn wir le-

ben in einem freien Land. Umso mehr verwundert einen aber dann doch der Widerstand gegen Cannabis, der eine gewisse **Doppelmoral** beherbergt. Denn das größte Gesundheitsrisiko bei dem Konsum von Cannabis sind die Lungenschäden durch den Tabak, der bekanntermaßen legal ist. Laut Suchtexperten ist Cannabis sogar weniger schädlich als Alkohol und Tabak. Auch sind die Gefahren für Außenstehende bei einem entspannten „Kiffer“ deutlich geringer, als einem aggressiven und überdrehten Trinker in die Quere zu kommen.

Es zeigt sich auch: das Verbot von Cannabis hat keinen Effekt. Laut internationaler Schätzungen kiffen ca. vier Millionen Deutsche trotz Verbot. Damit ist Cannabis die beliebteste illegale Droge.

Der Strafrechtsprofessor Lorenz Böllinger hat als Psychotherapeut auch Cannabis-Patienten behandelt und geht davon aus, dass lediglich 5% der „Kiffer“ wirklich abhängig sind. Bei Tabak und Alkohol sieht das übrigens anders aus.

Die Kriminalisierung von Cannabis ist aber nicht nur mit Blick auf legale Rauschmittel und angebliche Gesundheitsrisiken unberechtigt. Sie bringt hohe Kosten bei Polizei und Strafverfolgungsbehörden mit sich und verbraucht deren Kapazitäten. Dabei bleiben die Dealer meist unbehelligt und die Konsumenten kommen mit einer Verwarnung davon. Die Legalisierung von Cannabis hingegen würde Milliarden Euro durch die eingesparten Mittel und eine mögliche Cannabis-Steuer einbringen, die wiederum in die allgemeine Suchtprävention investiert werden könnten. Und nicht nur das. Bei dem Wort „Freigabe“ haben viele das Bild eines planlosen und wuchernden Drogenhandels vor Augen. Steuern, Lizenzen, Qualitätsprüfungen und Genehmigungen für den Anbau würden aber Kontrolle bedeuten. Ein reguliertes Geschäft ist gut für den Konsumenten und schlecht für den Dealer. Der Schwarzmarkt wird so bekämpft und der durch eine Legalisierung nicht mehr nötige Kontakt mit Dealern senkt zudem das Risiko an härtere Drogen zu geraten.

Die portugiesische Regierung hat es 2001 vorgemacht: Sie hat die Straffreiheit aller Drogen in geregelten Maßen beschlossen. Dadurch ist der Anteil der Konsumenten zwar leicht angestiegen,

aber die Zahl der Drogentoten ist stark gesunken. Andere erfolgreiche Beispiele liefern unsere niederländischen Nachbarn und einige US-Bundesstaaten wie Colorado. Man kann den Menschen zutrauen, selber einzuschätzen, was gut für sie ist.

Anders als die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Marlene Mortler (CSU), die glaubt Cannabis sollte verboten bleiben, weil es traditionell verboten ist, gibt es auch Politiker wie Bremens SPD-Bürgermeister Sieling und Bundestagsabgeordnete wie Katrin Göring-Eckart und einige SPD-Abgeordnete, die in der Legalisierung eine Chance sehen.

In der Gesellschaft steigen Offenheit und Toleranz gegenüber Cannabis zunehmend. Es wird Zeit, dass sich auch die Politik öffnet und sich für eine progressivere Drogenpolitik einsetzt.

Legalize it!



Tim Romankiewicz

Tim (26) ist Mitglied im Juso-Kreisvorstand und Vorsitzender der SPD in Meckenheim. Seit er sich für eine Kurzhaarfrisur entschieden hat, wirkt er gar nicht mehr wie ein Kiffer.

CONTRA



Vorab sollte ich vielleicht sagen, dass ich das Argument nicht gelten lasse, dass Alkohol und Tabak ja erlaubt seien und Cannabis nicht (viel) schlimmer sei.

Ich denke nicht, dass wir Straftatbestände abschaffen oder aufweichen sollten, nur weil etwas „Ähnliches“ erlaubt sei. Und „Ähnliches“ habe ich absichtlich in Anführungszeichen gesetzt, da ich die Vergleichbarkeit durchaus in Frage stellen würde.

Und nur weil manche Befürworter*innen der Legalisierung sagen, dass die Strafverfolgungsbehörden doch Besseres oder Wichtigeres zu tun hätten, als kleinere Mengen von Marihuana zu verfolgen und zur Anklage zu bringen, werde ich dennoch nicht für die Legalisierung sein.

Denn da stellt sich für mich die Frage, wo fangen wir an und vor allem, wo hören wir auf? Welche Straftatbestände sind es „wert“ verfolgt zu werden und welche werden eben wegen genau dieser Argumentation abgeschafft, damit andere Delikte verfolgt werden. Im Anschluss an die Legalisierung von Hanf könnte auch die Forderung laut werden, dass doch andere härtere Drogen legalisiert werden sollten, weil es bei Hanf ja auch schon gemacht wurde.

Zudem wird mit hoher Wahrscheinlichkeit bei anderen Delikten eine Erhöhung der Fallzahlen zu verzeichnen sein, weil die Abbauzeit von THC lang ist und somit Personen mit Drogen, welche sie vorher legal und womöglich noch gesellschaftlich akzeptiert konsumiert haben, im Blut Verkehrsteilnehmer*innen sein werden, auf die Kinder aufpassen oder zur Arbeit gehen.

Auch sind genug Fälle bekannt, bei denen es eben doch zu einer enormen Abhängigkeit der betroffenen Personen gekommen ist und der „Joint für Zwischendurch“ dann der Einstieg zu härteren Drogen war. Zudem wird vor allem bei Jugendlichen und jungen Heranwachsenden beobachtet, dass der Konsum zu Entwicklungsstörungen führt. Und ja, auch hier kann natürlich von der Gegenseite angeführt werden, dass die gesundheitlichen Schäden von Alkoholkonsum und Zigaretten zu einer Belastung der Krankenkassen führen und Familien zerstören können. Aber auch dieses Argument führt bei mir nicht dazu, dass ich die Legalisierung von Hanf gutheißen kann.

Es sollte eher eine öffentliche Debatte darüber geführt werden, warum Alkohol und Zigaretten als Genussmittel in der Gesellschaft angesehen werden. Dabei ist das Wort „Genussmittel“ auch schon erschreckend, wenn man sich ansieht, welche Folgen der übermäßige Konsum hat.

Ich hoffe, dass ich damit eine erste Diskussionsgrundlage geben konnte.

Am Ende bleibt vor allem die Frage:

Wollen wir eine weitere *legale Droge* in Deutschland?

Hinweis: Die beiden Autoren kennen jeweils den Text des anderen zum Thema nicht.



Hanna Nora Meyer

Hanna (29) ist Geschäftsführerin der Jusos Rhein-Sieg und seit 2014 Ratsmitglied in Hennef. Sie ist zwar Juristin, verdient allerdings kein Geld mit der Verteidigung bei Drogendelikten.



Suchtmittel

bleibt Suchtmittel

Foto: Crimée2 | wikimedia.com | CC BY 3.0

Jetzt vormerken!

Die Diskussion um die Freigabe von Cannabis wird sicherlich noch länger geführt werden. Um sich näher mit den Argumenten für und gegen eine Entkriminalisierung auseinanderzusetzen, planen die Jusos Rhein-Sieg im nächsten Jahr eine **Podiumsdiskussion** mit Expertinnen und Experten aus Politik, Drogenberatung und Freigabebefürwortern.



Kundgebung in Troisdorf (März 2017)

Aktiv gegen Rechtspopulisten

Der Rechtspopulismus ist in ganz Europa auf dem Vormarsch. Die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus sind fließend. Auch im Bundestag sitzt nun eine Fraktion, die sich irgendwo auf dieser Achse einordnet. Gerade jetzt heißt es für Jungsozialistinnen und Jungsozialisten: Entschieden gegenhalten! Wir widersprechen den falschen Parolen und der Hetze. Wir lassen uns nicht spalten in „das Volk“ und „die Anderen“.

Im Rhein-Sieg-Kreis sind die Jusos schon immer aktiv im antifaschistischen Kampf gegen rechte Parteien und Gruppierungen. Gemeinsam mit anderen politischen Jugendorganisationen, Parteien, Gewerkschaften und Verbänden riefen die Jusos im letzten Jahr das „Bündnis Bunter Rhein-Sieg-Kreis“ ins Leben und organisierten eine große Kundgebung gegen den Aufmarsch der sogenannten

„AfD“ in Siegburg. In diesem Jahr protestierte das Bündnis mit einem bunten Bürgerfest gegen den Landesparteitag der „AfD“ in Troisdorf.

Ziel des Bündnisses ist es, nicht nur auf Aktionen der politischen Rechten zu reagieren, sondern auch aktiv für ein tolerantes und demokratisches Miteinander zu werben und Aufklärungsarbeit über das verdeckte Werben der Rechten für ihre menschenverachtende Ideologie zu betreiben. Dazu arbeitet man mit der mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus in Köln zusammen.

Wer sich über das Bündnis Bunter Rhein-Sieg-Kreis informieren und auf dem Laufenden bleiben möchte, kann die Facebook-Seite liken.

facebook.com/bunterRSK/



Gegen die neue Campus-Maut in NRW

Wer dachte, dass Studiengebühren nach der Abschaffung durch SPD und Grüne in NRW endgültig ein Thema der Geschichte sind, hat die Rechnung ohne die neue schwarz-gelbe Landesregierung gemacht. Die „Campus-Maut“ soll ein Comeback erleben, aber nur bei Studierenden, die sich auf dem Wahlzettel dafür nicht „bedanken“ können. Laut Koalitionsvertrag möchte die Regierung Laschet pro Semester 1.500 Euro Studiengebühren für Studierende aus dem Nicht-EU-Ausland erheben. Das betrifft konkret den Hochschulstandort Bonn/Rhein-Sieg. Die Hochschule Bonn/Rhein-Sieg hat mit rund 17% sogar einen überdurchschnittlich hohen Anteil ausländischer Studierender. Eine unsoziale Bildungsmaut ist nicht nur ungerecht, weil Bildung zur Ware wird, sondern schadet auch dem internationalen wissenschaftlichen Austausch. Wohin eine solche Gebühr führt, zeigt das Beispiel Baden-Württemberg. Dort haben CDU und Grüne eine solche Studiengebühr eingeführt. Ergebnis: Massiver Einbruch der Anzahl ausländischer Studierender.

Jugendarbeit für LSBTTIQ-Jugendliche im Rhein-Sieg-Kreis

Welche Angebote speziell für schwule, lesbische, bi-, trans- oder intersexuelle Jugendliche gibt es im Rhein-Sieg-Kreis? Mit dieser Frage sind die Jusos vor einiger Zeit im Rahmen einer Podiumsdiskussion gestartet. Antwort: Keine. Das kann nicht so bleiben, sind die Jusos überzeugt und begannen zusammen mit der SPD-Kreistagsfraktion „queere“ Jugendarbeit zum Thema zu machen. So wurde das Thema u.a. auf die Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses im Kreistag gesetzt und in einzelnen Kommunen thematisiert. Der ganz große Durchbruch gelang zwar noch nicht, aber immer mehr Jugendämter im Kreis befassen sich nun mit der bisher ausgeklammerten Thematik. Die Jusos haben gemeinsam mit anderen Mitstreiter*innen, wie etwa der AIDS-Hilfe, ein Konzept für ein schwul-lesbisches Jugendzentrum im Rhein-Sieg-Kreis entwickelt. Doch da sind die Widerstände noch groß. Nun soll im Rahmen eines Projektes die Zielgruppe zunächst selbst zu Wort kommen.

! Karl Marx studierte
übrigens u.a. an der
Universität in Bonn.



Sein und Bewusstsein

Marx war Anhänger des Philosophen **Hegel**, der in der Geschichte eine dialektische Entfaltung des „Weltgeistes“ sah. Klingt kompliziert, ist es auch. Für Hegel war der Zielpunkt der Geschichte mit dem preußischen Staat erreicht. Marx stellte das nie wirklich zufrieden und so begann er, Hegels Dialektik „vom Kopf auf die Füße“ zu stellen. Marx war **Materialist**. Für ihn gab es keine übergeordneten, ewig gültigen Ideen wie den „Weltgeist“. Stattdessen betonte Marx die Wechselbeziehung zwischen Sein und Bewusstsein. Die wirtschaftliche und soziale Lage bestimme auch, was Menschen denken. Der Mensch hat materielle Bedürfnisse. Handlungen zu deren Erfüllung seien Ausgangspunkt der Geschichte.

„Opium des Volkes“

Marx entwickelte eine materialistische Basis-Überbau-Denkfigur. Alle gesellschaftlichen Institutionen wie etwa der Staat, aber auch Religion und Wertvorstellungen, seien ideologischer **Überbau** der ökonomischen Besitzverhältnisse. Konkret heißt das z.B., dass die kapitalistische Produktion eine gewisse Rechtsordnung benötigt und zur ihrer Legitimation auch bestimmte Normen und Werte. Diese Werte sind dann nicht gegeben, sondern gemacht. Vorherrschende philosophische Ideen seien immer nur die Ideen der herrschenden Klasse. Marx dachte von der praktischen Existenz her: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt drauf an, sie zu verändern.“ Besonders stark kritisierte Marx die **Religion** als „Opium des Volkes“, eine menschengeschaffene falsche Ideologie, die die Menschen durch Träumereien auf das Jenseits verträumt, statt die diesseitigen Bedürfnisse zu verwirklichen.

Marx - Basics

Im nächsten Jahr wäre Karl Marx 200 Jahre alt geworden. Marx ist längst tot, doch seine Ideen leben weiter. Kaum ein Denker des 19. Jahrhunderts hat eine solche Wirkungsgeschichte wie Marx. Von Sozialdemokratie über neue linke Bewegungen bis zu kommunistischen Diktaturen wurde und wird Marx, oft unter völliger Verzerrung, als ideologische Grund-

lage herangezogen. Viele seiner Thesen sind strittig, andere würde heute niemand mehr bestreiten. Wir wollen hier einen knappen Überblick über Marx' Lehren bieten, der vielleicht zur weiteren Beschäftigung anregen kann. (MD)

Der Kapitalismus

Auf vielen, vielen Seiten analysiert Marx die kapitalistische Gesellschaft und ihren Klassengegensatz zwischen **Bourgeoisie**, also jenen, die die Produktionsmittel besitzen, und **Proletariat**, also den Arbeiter*innen, deren einzige Freiheit darin bestünde, dass sie auswählen könnten, wer sie und ihre Arbeitskraft ausbeutet. Der am Fließband arbeitende Mensch verliere den Bezug zum Produkt, zu dem Ergebnis seines Schaffens, was Marx „**Entfremdung**“ nannte. Der Kapitalist strebt nach Gewinnmaximierung, die Arbeiter erwirtschaften mehr als sie in Form von Lohn zurückbekommen. Diese Differenz nannte Marx **Mehrwert**, der beim Kapitalisten verbleibe und zur Anhäufung (**Akkumulation**) von Reichtum bei wenigen führe, während die soziale Lage der Arbeiter zunehmend prekärer werde. Die Arbeiter schaffen den Reichtum, partizipieren aber nicht. Um im Wettbewerb zu bestehen, sinken Löhne. Das schwächt die Nachfrage nach Waren. Nur wenige Unternehmen überleben, es entstehen Monopole und die Masse der Besitzlosen wächst stetig an. Das Kapital wird immer weiter in immer weniger Händen konzentriert. Für Marx ist der Kapitalismus also voller Widersprüche, die notwendig zu seinem Ende führen.

Geschichte = Klassenkampf

Die Welt verändert sich für Marx nicht durch Ideen, sondern durch materielle Verhältnisse und daraus resultierende Aktion. „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“, stellte Marx fest. Von der Sklavenhaltergesellschaft (Freie/Sklaven) über die Feudalgesellschaft (Grundherr/Leibeigener) bis zur kapitalistischen Gesellschaft (Kapitalist/Lohnarbeiter); immer heißt es: Unterdrücker gegen Unterdrückte. Wenn die ökonomischen Verhältnisse in Widerspruch zu den Machtverhältnissen geraten, kommt es zur **Revolution** und somit zur nächsten Stufe der Geschichte. Das Proletariat (viele) sei das revolutionäre Subjekt des letzten Klassenkampfes, das die Bourgeoisie (wenige) enteignen und das Privateigentum an den Produktionsmitteln aufheben werde: „Die Proletarier haben nichts in ihr [Revolution] zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“ Nach der durchaus gewaltsam gemeinten „**Diktatur des Proletariats**“ steht für Marx der Kommunismus; eine klassenlose Gesellschaft („Assoziation“), in der der Staat als Unterdrückungsinstanz als unnötig abstirbt und alle Widersprüche aufgehoben sind. Marx dachte dabei **internationalistisch**. Im Krieg für das „Vaterland“ kämpfte der Arbeiter letztlich für den Besitz von anderen. Für Marx war klar: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“



Jusos Rhein-Sieg unterwegs

in Brüssel

Zur diesjährigen **Bildungsfahrt** machten sich die Jusos Rhein-Sieg auf in die vorweihnachtliche "EU-Hauptstadt" Brüssel. Auf dem Programm stand dabei auch ein Gespräch mit dem sozialdemokratischen Europaabgeordneten für die Region Mittelrhein, **Arndt Kohn**, der in diesem Jahr für den ausgeschiedenen Parlamentspräsidenten Martin Schulz ins Europäische Parlament nachgerückt ist. Kohn berichtete von seiner Arbeit als Parlamentarier und von den spezifischen Schwierigkeiten der Fraktionsarbeit im EU-Parlament. Denn neben vielen Interessen der einzelnen Fraktionsmitglieder spielen hier auch Interessen der verschiedenen Mitgliedsstaaten mit in die komplizierte Entscheidungsfindung hinein. Gleichzeitig ist das EU-Parlament (immer noch) kein Parlament im Sinne des Bundestages. So gibt es keine Regierung, die sich auf das Par-

lament stützt und auch ein Initiativrecht für Gesetzesvorhaben fehlt. Der Abgeordnete unterstützte die Forderung nach den "Vereinigten Staaten von Europa", die SPD-Parteichef Martin Schulz kurz zuvor auf dem Bundesparteitag der SPD in Berlin aufgestellt hatte. Regeln wie etwa gegen Steuerflucht oder eine Ordnung der globalisierten Wirtschaft seien nur gemeinsam zu schaffen. Mehr Zusammenarbeit in Europa nicht nur bei Wirtschaftsfragen, das ist auch die Vision der Jusos.

Bei einem Besuch im **Haus der europäischen Geschichte** konnten die Teilnehmer*innen der Fahrt dann auch direkt erleben, warum Europa ein so wichtiges Projekt ist. Die multimediale Ausstellung wirft einen Blick auf die Jahrhunderte europäischer Entwicklung, die lange Zeit auch oder vor allem Krieg bedeute. Der Besuch des Brüsseler **Plenarsaales** im EU-Parlament und ein Vortrag über



die Arbeitsweise, beispielsweise die wichtige Arbeit der Dolmetscher*innen, rundete den ersten Tag ab, der anschließend mit einem Bummel durch das Brüsseler Nachtleben endete.

Am zweiten Tag ging es zunächst in die **Europäische Kommission**. Hier wurde nicht nur die Arbeitsweise dieser Institution vorgestellt, sondern auch über die europäische Integration und die Fragen rund um den "Brexit" diskutiert. Zum Abschluss des Bildungsprogramms besuchten die Jusos die **Ständige Vertretung** Deutschlands bei der EU, die die Schnittstelle zwischen der Bundesregierung und den EU-Institutionen ist.



Ein kurzes Video findet ihr auf unserer Facebookseite.

Bücher - ecke



Rückkehr nach Reims

Didier Eribon

Suhrkamp
18 Euro

Zwischen Reims und Paris liegen nur rund 100 Kilometer und doch sind es Welten, die die Arbeiterstadt und die Hauptstadt voneinander trennen. In seinem autobiografischen Werk „Rückkehr nach Reims“ erzählt der Soziologe Didier Eribon, heute einer der führenden französischen Intellektuellen, seine Geschichte und die Geschichte seiner Familie, einer Arbeiterfamilie aus Reims. Er erzählt die Geschichte von festgelegten Chancen und vorbestimmten Lebenswegen, die er doch durchbricht. Durch die Verbindung von Autobiografie und soziologischer Gesellschaftsanalyse gelingt es Eribon, die komplexen Verbindungen von Herkunft, Habitus, Lebenschancen, politischem Diskurs und Subjektkonstruktion anschaulich zu beschreiben. Kurz: Man braucht keinen Master in Soziologie, um wertvolle Erkenntnisse aus der Lektüre zu ziehen.

Beachtung fand die „Rückkehr nach Reims“ vor allem als Beitrag zur Deutung des Erstarkens des Rechtspopulismus.

Eribon liefert anhand des Wahlverhaltens der eigenen Eltern einen Erklärungsansatz für den Zuspruch des Front National und den Bedeutungsverlust der politischen Linken. So wurden aus strammen Anhängern der kommunistischen Partei Wähler des FN, dem es gelungen sei, einen neuen Bedeutungshorizont zu etablieren: Der Gegensatz verläuft nicht mehr zwischen Arbeitern und „Bourgeois“, sondern zwischen Franzosen und Ausländern.

Es sei einmal dahingestellt, wie hoch der Anteil an Arbeitern in der Wählerschaft des FN tatsächlich ist. Seinen Erfolg allein aus einem kollektiven Sich-Im-Stich-Gelassen-Fühlen der Arbeiterklasse zu erklären, greift sicherlich zu kurz. Eribon gibt keine letzten Antworten und löst nicht in einem einzigen großen Wurf das Problem der politischen Linken auf, arbeitet aber am Beispiel der eigenen Familiengeschichte die bitteren Fragen heraus, die sich diese Linke stellen muss.

Eindrucksvoll analysiert Eribon, wie das heutige gesellschaftliche Sein auch das Sein von morgen und das Bewusstsein bedingt. Einmal Arbeiter, immer Arbeiter. Selbstverständnis und Bildungssystem reproduzieren die Klassengesellschaft bis heute. Dem eigenen Milieu entkommt man nur schwer und löst sich nie ganz von dessen Habitus. Einen Weg der Loslösung beschreitet Eribon selbst, ohne sich von seiner Herkunft komplett abkoppeln zu können. In den intellektuellen Kreisen von Paris bleibt der Arbeiterjunge aus Reims immer doch irgendwie ein Fremder.

Mario Dahm



Sternstunden der Menschheit

Vierzehn historische
Miniaturen

Stefan Zweig

Fischer Verlag
7,95 Euro

**„Immer müssen Millionen müßiger
Weltstunden verrinnen, ehe eine
wahrhaft historische, eine Sternstun-
de der Menschheit, in Erscheinung
tritt.“**

Zuerst sollte ich vielleicht einmal sagen, warum ich dieses Buch überhaupt habe und warum ich mich dazu entschieden habe, es vorzustellen. Das Buch wurde mir zu meinem 16. Geburtstag von meinem Vater geschenkt. Und ich habe mich dazu entschieden, es euch hier vorzustellen, weil es gut zu lesen und es kein „typisches“ Geschichtsbuch ist, sondern packend und mitreißend, nicht zuletzt durch die tagebuchähnliche Schreibweise. Und damit wisst ihr auch im Groben, um was es in dem Buch geht: um geschichtsträchtige Momente.

Zweig beschreibt z.B. durch die Augen Vasco Núñez de Balboa, dem Entdecker des Pazifischen Ozeans, welche Widrigkeiten und Zufälle ihn zum Entdecker haben werden lassen.

Als weiteres wird die Eroberung von Byzanz aus Sicht der Eroberer und aus Sicht der Belagerten erzählt. Welche kriegerischen Neuerungen wurden erfunden, um die gesicherte Stadt einnehmen zu können und welche strategischen Überlegungen haben die Europäer und die Byzantiner angestellt. Nur ein Zufall und eine Unachtsamkeit haben dazu geführt, dass die Stadt eingenommen wurde und die Geschichte sich wieder einmal verändert hat.

Zudem wird zum Beispiel noch der Kampf um den Südpol beschrieben und Lebensabschnitte von berühmten Personen wie Goethe oder Händel behandelt. Es ist spannend, unserer Geschichte aus den verschiedenen Blickwinkeln zu folgen und so einzutauchen in die damalige Epoche. Einzelschicksale vermitteln meist ein deutlich prägnanteres (und natürlich subjektiveres) Bild der Geschehnisse als der nüchterne Blick in ein Geschichtsbuch. **Hanna Nora Meyer**

Immer auf der Höhe mit unseren Juso-Lesezeichen

Für Leseratten haben wir ein ganz neues Give-away gestaltet: Unsere Lesezeichen mit Zitaten berühmter Sozialdemokrat*innen.

Die Lesezeichen können auch gerne bei uns bestellt werden: jusos-rsk@gmx.de



Neu bei den Jusos



**Susanna Müller (17)
aus Meckenheim**

„Politik betrifft mich doch nicht“, habe ich immer gedacht. Als ich jedoch vor etwa einem Jahr angefangen habe, mich mit politischen Themen intensiver auseinanderzusetzen, habe ich verstanden, dass mich Politik sehr wohl betrifft. Denn Politik ist überall.

Mit dieser Erkenntnis habe ich beschlossen, dass ich die Wirkung und den Einfluss den Politik hat, nutzen möchte, um Deutschland gerechter zu gestalten. Folglich habe ich mich auf die Suche nach einer Partei gemacht, die entsprechende Ziele anstrebt. Die SPD hat mich überzeugt und ich freue mich darauf, Europa zu stärken und mich für mehr Weltoffenheit, Gerechtigkeit und Zusammenhalt einsetzen zu können.



**Saban Harmanci (19)
aus Eitorf**

Nachdem ich 2012 nach Deutschland gekommen bin, hat mich Politik besonders interessiert. Ich hatte schon Sympathie für die SPD, jedoch war ich noch kein Mitglied dieser Partei. Dann kam der Brexit, die AfD holte mehrere Erfolge bei den Landtagswahlen, Trump wurde zum US-Präsident gewählt. Das war der Moment, wo ich mir gedacht habe, erst wenn ich mitmache, dann kann ich auch was bewegen.

Seit Februar 2017 bin ich SPD-Mitglied und engagiere mich im Ortsverein Eitorf. Diese Entscheidung werde ich niemals bereuen und Tag für Tag lerne ich neue Sachen und beteilige mich aktiv an der Parteiarbeit. Das Gefühl, dass es noch hunderttausende Menschen gibt, die das gleiche Ziel haben, motiviert mich immer mehr, mich politisch zu engagieren.



**Niklas Fauteck (29)
aus Troisdorf**

Nach den Landtagswahlen 2016, dem Brexit und der US-Präsidentenwahl wollte ich mich endlich engagieren, statt nur empörte Sprüche ins Internet zu schreiben. Ich wollte bei den folgenden Wahlen nicht wieder mit mulmigem Gefühl vor dem Fernseher sitzen und mir von Jörg Schönborn in der ARD auf einem Touchscreen das Ergebnis rechter, populistischer Parteien zeigen lassen und mich fragen müssen, warum ich eigentlich nicht wenigstens im Kleinen selbst was getan habe. Da ich vor allem die Überzeugungen der SPD teile, war ich kurze Zeit später Parteimitglied und konnte mich seit dem Frühjahr schnell im Troisdorfer Ortsverein und bei den Jusos einbringen. Auch wenn die Wahlergebnisse in diesem Jahr enttäuschend waren, die Wahlkämpfe mit den Genossen waren eine tolle Erfahrung. Ich freue mich, dass ich mich auch in Zukunft in der AG für soziale Gerechtigkeit und unsere Zukunft in Freiheit und Toleranz einsetzen kann.



Hört die Signale: Junge Leute in die Räte!

Kommunale Politik hat oft den Ruf des Langweiligen. Dabei werden vor Ort in **Stadt- und Gemeinderäten** viele wichtige Dinge entschieden. Kommunalpolitik kümmert sich um Schulgebäude und deren Ausstattung, um Angebote für Kinder und Jugendliche, um Bauprojekte und Grünflächen, um Kinderbetreuung, Schulsozialarbeit, Stadtplanung und und und. Das sind alles Themenbereiche, die junge Menschen betreffen und in denen jungsozialistische Politik konkret umgesetzt werden kann. Doch blickt man in Räte, dann sind diese vor allem überdurchschnittlich alt und überdurchschnittlich männlich (überdurchschnittlich akademisch übrigens auch). Aufgabe der Jusos ist es deshalb vor allem, daran mitzuwirken, dass auch die Interessen junger Menschen in den kommunalen Gremien repräsentiert werden. In vielen Fraktionen und Räten ist das heute nicht oder kaum der Fall. Eine ausgewogene Altersstruktur aber ist wichtig. Dabei geht es nicht um „Jung gegen Alt“. Der Juso-Kreisverband hat es

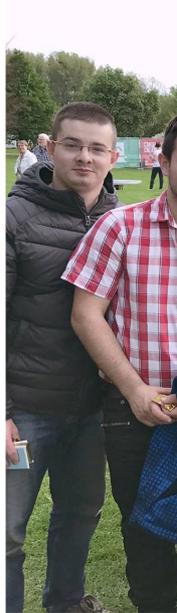
sich zur Aufgabe gemacht, bis zur Kommunalwahl 2020 ein umfangreiches **Qualifizierungsprogramm** für junge Kandidatinnen und Kandidaten der SPD Rhein-Sieg auf die Beine zu stellen (Infos folgen) und Jusos vor allem auch zu motivieren, bei der nächsten Wahl für ein kommunales Mandat zu kandidieren. Wer gerne mitgestalten und sich einbringen möchte, sollte sich trauen, diesen Schritt zu gehen. Der Juso-Kreisverband unterstützt dabei. Doch Jusos müssen nicht nur auf die Plakate, sondern auch auf aussichtsreiche Listenplätze. Die SPD kann es sich nicht mehr leisten, dieses Potential liegen zu lassen.



Wer sich kommunalpolitisch weiterbilden möchte, dem empfehlen wir die Materialien der Friedrich-Ebert-Stiftung, z.B.: www.fes.de/kommunalakademie/grundwissen-kommunalpolitik/



Juso-Bulli in Siegburg



Aktion „Schulzug“ mit den Jusos Brüssel in Troisdorf



Kirmes-Tour in Eitorf



Bollenwagen-Tour „Rhein in Flammen“



Aktionsstand in Siegburg

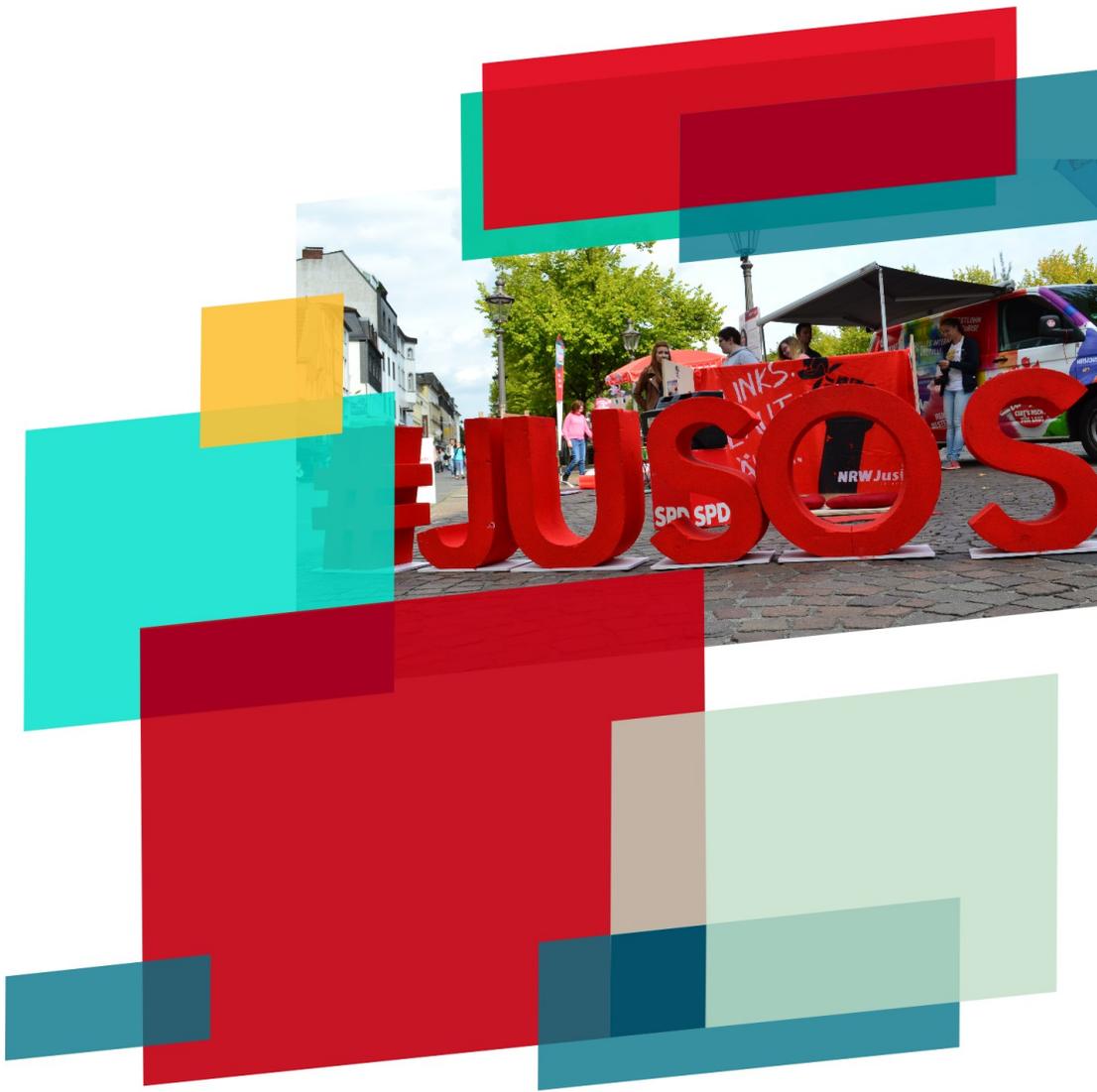


Kneipentour in Rheinbach

Wahlkämpfe 2017

Wahlkampf ist die Hochphase der politischen Auseinandersetzung. Im zurückliegenden Jahr standen gleich zwei Wahlen an; beide leider mit einem schlechten Ergebnis für die SPD. Mit zwei eigenen Jungwähler*innen-Kampagnen versuchten die Jusos, vor allem junge Leute im Rhein-Sieg-Kreis anzusprechen. Neben Kneipentouren in Siegburg, Troisdorf und Rheinbach, Aktionsständen (mit Einhorn), einer Tour bei „Rhein in Flammen“ und der Eitorfer Kirmes, fünf

Erstwähler*innen-Treffen in beiden Bundestagswahlkreisen, einem Stopp des „Schulzuges“ in Troisdorf und drei Aktionen mit dem Wahlkampf-Bulli der NRWJusos in Siegburg und an der Hochschule in Sankt Augustin stand auch der kreative Online-Wahlkampf im Mittelpunkt. Das von den Jusos Rhein-Sieg produzierte Video „Dorfkinder“ gewann sogar den Videowettbewerb der NRWSPD.



IMPRESSUM

Rhein-Sieg-Bühne der
Jusos im Rhein-Sieg-Kreis
Frankfurter Str. 47 | 53840 Troisdorf

Redaktion: Mario Dahm (V.i.S.d.P.),
Hanna Nora Meyer, Nils Suchetzki,
Tim Romankiewicz, Loubna Aarchi.

Gestaltung: Mario Dahm

Auflage: 1.000

5. Ausgabe | Dez. 2017